



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 26144

Fax: (0221)

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 17.06.2010

Niederschrift

über die **5. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 14.06.2010, 15:07 Uhr bis 17:13 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Frank Schneider	SPD
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Frau Hildburg Holländer	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE
Herr Anselm Riddermann	auf Vorschlag der FDP
Herr Markus Wiener	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Helga Schlapka SPD

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln

Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Ulf Florian	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geysse	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Michael Musto	auf Vorschlag der CDU
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der Grünen (originär FDP)
Herr Georg Scheferhoff	auf Vorschlag der Grünen
Herr Bernd Fieber	auf Vorschlag von pro Köln
Herr Berthold Bronisz	DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Turan Özküçük	LDK
--------------------	-----

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver
Frau Maria Lange
Frau Silvia Schulze

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Helmut Metten	auf Vorschlag der Grünen
Frau Marianne Wolf	auf Vorschlag der FDP

Herr Thelen begrüßt die Anwesenden.

Die nachträglichen Tagesordnungspunkte wurden in die nachfolgende Tagesordnung eingefügt. Die so geänderte, bzw. ergänzte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Korrektur der Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 17.05.2010:

Herr Kretschmer bittet, das Protokoll der letzten Sitzung zu TOP 3.4 auf Seite 12, 2. Satz wie folgt zu ändern:

„Bei der Überwachung werde stets *sowohl auf die Breite der Werbeträger als auch* auf die Restgehwegbreite von 1,50 m geachtet....“.

Die Änderung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

- 1.1 Spielplatz im Fritz-Encke-Park
2185/2010
- 1.2 Flyer "Baustellen in Köln"
2189/2010
- 1.3 "Klagemauer" auf der Domplatte
2160/2010

2 Anfragen

- 2.1 Mündliche Anfragen
- 2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 3.1. Eingabe für die Erarbeitung eines Inklusionsplans für Kölner Schulen (Az.: 02-1600-92/09)
0306/2010

Eingabe für die Erarbeitung eines Inklusionsplans für Kölner Schulen
AN/1132/2010

3.2 Eingabe zu Erholungsbänken und Gratistoiletten (02-1600-1/10)
0905/2010

3.3 Einführung von fußgängerfreundlichen Zonen im Stadtteil Deutz
1461/2010

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

4.1 Überprüfung des Verfahrens der Inobhutnahmen nach § 42 SGB VIII
2196/2010

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Spielplatz im Fritz-Encke-Park 2185/2010

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Das Thema ist bereits in der letzten Sitzung behandelt worden. Der Petent hat das der Mitteilung beigefügte Schreiben erhalten.

Herr Thelen bittet die Verwaltung, den Park orthographisch richtig zu schreiben. Herr Dr. Höver weist darauf hin, dass der Petent ebenfalls die falsche Schreibweise benutzt hat.

1.2 Flyer "Baustellen in Köln" 2189/2010

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

1.3 "Klagemauer" auf der Domplatte 2160/2010

Herr Thelen teilt mit, dass das betreffende Plakat nicht mehr an der „Klagemauer“ hängt.

Herr Wiener gibt zu Protokoll, dass pro Köln sich gegen diese Mitteilung ausspricht und sie nicht zur Kenntnis nimmt. Seiner Meinung nach muss das Thema im Beschwerdeausschuss behandelt werden. Er hält die Rücksichtnahme auf den Betreiber der „Klagemauer“, der nach seiner Meinung einen links-grünen Hintergrund hat, für einen Skandal.

Herr Dr. Höver verweist auf § 14 Abs. II der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, wonach die Verwaltung die Eingabe zurückweisen musste. Der Beschwerdeausschuss ist jedoch frei in seiner Entscheidung, ob er das Thema behandeln möchte.

Herr Kretschmer gibt zu Protokoll, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen durch die Äußerung von Herrn Wiener verunglimpft fühlt.

Herr Wiener beantragt, dass die Eingabe im Beschwerdeausschuss behandelt wird.

Herr Thelen weist ebenfalls die Feststellung von Herrn Wiener zurück.

Die SPD-Fraktion und Herr Löwisch schließen sich dem Petitum von Herrn Kretschmer an.

Herr Thelen betont, dass formal die Verwaltung die Eingabe richtig zurückgewiesen hat, lässt aber dennoch über den Antrag von Herrn Wiener abstimmen.

Dieser wird mehrheitlich gegen die Stimme von Herrn Wiener abgelehnt.

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.2 Schriftliche Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Eingabe für die Erarbeitung eines Inklusionsplans für Kölner Schulen (Az.: 02-1600-92/09)

0306/2010

Beschluss:

Der Rat dankt dem Antragsteller für die Initiative. Er befürwortet die Zielsetzung der Inklusion in allen städtischen Schulen und beauftragt die Verwaltung:

1. die Ausweitung einer inklusiven Beschulung in Zusammenarbeit mit dem Land umzusetzen. Im Rahmen eines Kölner Inklusionsplans sind die erforderlichen Schritte mit dem Ziel einer kontinuierlichen Steigerung der Inklusionsquote auf zunächst 80% darzustellen, einschließlich des dafür von Stadt und Land benötigten Unterstützungsbedarfs.
2. in der Schulentwicklungsplanung (1. Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan) die Basis dafür zu schaffen, dass die Ziele der UN-Konvention Art. 24 realisiert werden können.
3. die Anstrengungen zu verstärken, um mehr Angebote zur integrativen Beschulung, insbesondere in weiterführenden Schulen, zu schaffen. Gemeinsam mit der Bezirksregierung soll kurzfristig pro Bezirk mindestens ein Angebot mit integrativen Klassen entstehen.
4. auf die Ausweitung der Plätze an Förderschulen zu verzichten und die Planungen auf die integrative Beschulung auszurichten.
5. Eltern, Schulen, Kindergärten und die Öffentlichkeit über die Zielsetzung der Stadt Köln zum Ausbau der Inklusion aktiv und gezielt zu informieren.

Der Rat appelliert an die Landesregierung, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen zur Weiterentwicklung der schulischen Inklusion durch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Art. 24 in Landesrecht zu schaffen.

Zu dieser Vorlage liegt folgender Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor:

Herr Thelen teilt mit, dass der Jugendhilfeausschuss das Thema geschoben hat. Er lässt darüber abstimmen, die Vorlage sowie den Änderungsantrag in den Schulausschuss und den Rat zu schieben und im Beschwerdeausschuss nicht zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig ohne Votum mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion in die nachfolgenden Gremien verwiesen

**Eingabe für die Erarbeitung eines Inklusionsplans für Kölner Schulen
Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/1132/2010**

Beschluss:

Der Rat dankt dem Antragsteller für die Initiative. Er befürwortet die Zielsetzung der Inklusion an allen städtischen Schulen und beauftragt die Verwaltung:

1. die Ausweitung einer inklusiven Beschulung in Zusammenarbeit mit dem Land umzusetzen. Im Rahmen eines Kölner Inklusionsplans sind die erforderlichen Schritte mit dem Ziel einer kontinuierlichen Steigerung der Inklusionsquote auf zunächst 80 % darzustellen, einschließlich des dafür von Stadt und Land benötigten Unterstützungsbedarfs.
2. in der Schulentwicklungsplanung (1. Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan) die Basis dafür zu schaffen, dass die Ziele der UN-Konvention Art. 24 realisiert werden können.
3. die Anstrengungen zu verstärken, um mehr Angebote zur integrativen Beschulung, insbesondere in weiterführenden Schulen, zu schaffen. Gemeinsam mit der Bezirksregierung soll kurzfristig pro Bezirk mindestens ein Angebot mit integrativen Klassen entstehen.
4. *die Plätze im gemeinsamen Unterricht weiter auszubauen und zudem an Förderschulen eine am Förderbedarf ausgerichtete Platzzahl vorzuhalten, um für die Kinder eine für deren jeweilige Beeinträchtigung bestmögliche Beschulung zu gewährleisten und den Eltern zudem die Schulwahlmöglichkeit für ihre Kinder einzuräumen.*
5. Eltern, Schulen, Kindergärten und die Öffentlichkeit über die Zielsetzung der Stadt Köln zum Ausbau der Inklusion aktiv und gezielt zu informieren.

Der Rat appelliert an die Landesregierung, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen zur Weiterentwicklung der schulischen Inklusion durch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Art. 24 in Landesrecht zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Änderungsantrag der CDU-Fraktion einstimmig ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen

**3.2 Eingabe zu Erholungsbänken und Gratistoiletten (02-1600-1/10)
0905/2010**

Die beiden Petenten Herr Kias und Herr Bartelt erläutern ihre Eingabe. Herr Kias entschuldigt sich für seinen rüden Ton in dem Anschreiben an die Verwaltung.

Herr Becker, zuständiger Gartenbauingenieur für die Stadtteile Innenstadt/Rodenkirchen/Lindenthal, ergänzt die bereits vorliegende Stellungnahme zu den Erholungsbänken. Die Verwaltung ist aus finanziellen und personellen Engpässen

nicht in der Lage, mehr Bänke aufzustellen und alle Holzbänke zu reparieren. Holzbänke werden nur bei kleineren Mängeln wieder in Stand gesetzt. Die im Bürgerhaushalt zur Verfügung gestellten Mittel werden auf Wunsch der Politik für Bänke auf Spielplätzen eingesetzt.

Bezüglich der Toiletten berichten Herr Klasen und Frau Kühn vom Bauverwaltungsamt über das Toilettenkonzept, das zurzeit aufgrund eines Ratsbeschlusses umgesetzt wird.

Erste Priorität hat die Wiederinbetriebnahme der bestehenden Toilettenanlagen in den U-Bahnen. Vorrangig soll bis Ende dieses Jahres die Toilettenanlage Venloer Straße in Betrieb genommen werden.

Als zweites werden Toiletten in öffentlichen Gebäuden, jedoch nicht immer kostenlos, für die Allgemeinheit zugänglich gemacht. Es wird jedoch versucht, das Benutzungsentgelt in niedrigem Rahmen zu halten.

Drittens werden in der nächsten oder übernächsten Woche Gespräche (zurzeit sind 10 Gaststätten angeschrieben worden) mit Gaststättenbetreibern geführt, damit die Toiletten in den Gaststätten für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Herr Klasen betont, dass es sehr wahrscheinlich nicht möglich sein wird, flächendeckend für Gratistoiletten zu sorgen.

Herr Pohl teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag anschließen wird. Den Einsatz der Bänke aus Drahtgitter hält er aus Kostengründen für besser als den der Holzbänke. Er erinnert auch an den einmal geplanten und von der Bezirksvertretung Innenstadt einstimmig geforderten Einsatz der Urilifte, der vielleicht wieder ins Auge gefasst werden könnte.

Herr Schneider betont, dass die SPD-Fraktion die Ausführungen der Verwaltung für einleuchtend hält. Er bittet um Mitteilung, in welchem Zeitrahmen die Umsetzung erfolgt.

Herr Kretschmer teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Themen in die Bezirksvertretungen übertragen möchte. Er betont, dass nicht nur in Grünanlagen, sondern auch in anderen Bereichen z.B. auf zentralen Plätzen Bedarf an Sitzbänken besteht. Auch er befürwortet das Gittermodell. Er bittet um einen Zeitplan für die Realisierung des Toilettenkonzeptes und um eine Liste über die beantragten und bereits aufgestellten Bänke im Stadtbezirk.

Herr Riddermann regt für die FDP-Fraktion an, dass noch mehr Sponsoren durch ein Werbekonzept gesucht werden sollen (z.B. unter den ortsansässigen Vereinen). Er bittet um Mitteilung, wie hoch der Bedarf an öffentlichen Toiletten ist, ob private Betreiber akquiriert werden und um einen Zeitplan über die Realisierung des Toilettenkonzeptes.

Herr Wiener (pro Köln) ist für eine Übergabe des Themas Bänke an die Bezirksvertretung. Er ist der Meinung, dass mehr Gratistoiletten eingerichtet oder zumindest an zwei bis drei Standorten getestet werden sollten.

Herr Löwisch (Die Linke) bittet, bei kleineren Mängeln die Holzbänke noch zu reparieren und regt auch eine Verweisung in die Bezirksvertretung an.

Herr Zimmermann (Deine Freunde) hat den Eindruck, dass Bänke und Toiletten entfernt werden, um Obdachlose zu vertreiben. Die Verwaltung verneint dies. Er weist auch darauf hin, dass bei einem noch intakten Betonsockel Holzbänke wieder restauriert werden sollen.

Die Verwaltung teilt mit, dass die beiden Themen Bänke und Toilettenkonzept bereits in den Bezirksvertretungen behandelt wurden. Bezüglich des Uriliftes im Rheinauhaufen erhält die Bezirksvertretung Innenstadt einen ausführlichen Bericht. Die Akquirierung von gewerblichen Toilettenbetreibern, die sich mit Werbung finanzieren, wurde durch den Ratsbeschluss ausdrücklich ausgeschlossen.

Herr Thelen dankt noch einmal den Petenten, dass sie diese wichtigen Probleme angesprochen haben. Er fasst zusammen, dass die Verwaltung alle Mittel im Rahmen ihres Haushaltes und ihrer personellen Möglichkeiten ausschöpft. Er regt als Ergänzung des Beschlussvorschlages an, dass sowohl die Petenten als auch die Fachausschüsse und die Bezirksvertretungen über die weiteren Bemühungen der Verwaltung und Umsetzung des Toilettenkonzeptes informiert werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Antragstellern für ihre Initiative und nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Insbesondere begrüßt der Ausschuss die Maßnahmen der Verwaltung zur Umsetzung des Toilettenkonzeptes. *Er bittet darum, dass sowohl die Petenten, als auch die Fachausschüsse und die Bezirksvertretungen über die weiteren Bemühungen der Verwaltung und die Umsetzung des Toilettenkonzeptes informiert werden.*

Abstimmungsergebnis:

So geändert einstimmig beschlossen

3.3 Einführung von fußgängerfreundlichen Zonen im Stadtteil Deutz. 1461/2010

Herr Vehoff erläutert ausführlich seine Eingabe. Sein Ziel ist, dass alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer im öffentlichen Raum gleichberechtigt behandelt werden. Der Fußgängerverkehr sollte aufgewertet und der Autoverkehr reduziert werden.

Herr Rothe erklärt für die Verwaltung, dass die Einhaltung der Verkehrssicherheit oberste Priorität hat. Die Verwaltung ist jederzeit dankbar für Anregungen aus der Bevölkerung, ist jedoch durch die vorhandenen Gegebenheiten bei der Optimierung der Verkehrssituation oft eingeschränkt.

Herr Ciesla-Baier dankt für die SPD-Fraktion Herrn Vehoff für seine Vorschläge, hält aber auch die Ausführungen der Verwaltung für vernünftig. Er schlägt vor, die Angelegenheit in die Bezirksvertretung zu verweisen.

Herr Musto bittet für die CDU-Fraktion zu Protokoll zu nehmen, dass die von dem Petenten vorgeschlagenen Maßnahmen keine reinen Shared-Space-Projekte sind. Bei Einführung von Shared-Space kommt es zu erheblichen Nachteilen für den ansässigen Einzelhandel.

Herr Fischer weist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darauf hin, dass es für Deutz einer intelligenten Lösung bedarf. Der Parkdruck, besonders bei Großveranstaltungen (Kirmes/Arenaveranstaltungen) sowie der Fußgängeranteil sind sehr hoch. Herr Kretschmer regt an, ein Neukonzept für Deutz zu entwickeln und einen gemeinsamen Ortstermin mit den Mitgliedern des Verkehrsausschusses, der Bezirksvertre-

zung Innenstadt und des Beschwerdeausschusses zu vereinbaren. Er bittet, den Passus „...entsprechend der städtischen personellen Kapazitäten...“ zu streichen.

Herr Riddermann schließt sich für die FDP-Fraktion dem Antrag der Grünen an.

Für Herrn Fieber (pro Köln) gibt es für den angesprochenen Bereich nur die Möglichkeit einer autofreien Zone oder es bleibt alles so, wie es ist.

Herr Löwisch (Die Linke) will auch die Bezirksvertretung Innenstadt beteiligen und befürwortet den gemeinsamen Ortstermin. Er nimmt die Verwaltung in Bezug auf die Verkehrsüberwachung in Schutz. Diese Abteilung hat seiner Meinung nach zu wenig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die notwendigen Überprüfungen.

Herr Zimmermann (Deine Freunde) begrüßt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Rothe verweist auf das Gesamtverkehrskonzept, in dessen Zusammenhang dieser Bereich auch behandelt werden wird.

Herr Thelen regt an, anstelle der Streichung der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Textstelle das Wort „konzeptionell“ einzufügen.

Diesem Vorschlag wird gefolgt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Antragsteller für seine Eingabe.

Der Ausschuss nimmt die Darstellung der Verwaltung zur Kenntnis. Er bittet die Verwaltung, in dem genannten Bereich entsprechend der städtischen personellen Kapazitäten *konzeptionell* zu überprüfen, inwieweit Verbesserungen für den Fußgängerverkehr erreicht werden können. Eine Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn soll, wenn möglich, angestrebt werden. Außerdem wird die Verkehrsüberwachung gebeten, das illegale Gehwegparken in Deutz zu kontrollieren und entsprechend zu ahnden.

Der Beschwerdeausschuss wird zu einem gemeinsamen Ortstermin mit dem Verkehrsausschuss, der Bezirksvertretung Innenstadt, Vertretern der Fachverwaltung und dem Petenten einladen.

Abstimmungsergebnis:

bei Stimmenthaltung von Herrn Wiener einstimmig so geändert beschlossen

Gez.

Thelen

Ausschussvorsitzender

Gez.

Lange

Schriftführerin